

EU-Mitgliedschaft der Türkei? – Drohendes Aus für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Wie kaum ein anderer Termin wird der 3. Oktober 2005 in die Annalen der Europäischen Union (EU) eingehen: Entweder steht der Tag dereinst für den Beginn des Aufstieges der EU zur „Weltmacht“, oder er gilt künftigen Generationen einmal als Fanal für den Zerfall und Niedergang der Gemeinschaft. Sollte es nicht doch noch zu einer Verschiebung des Termines in letzter Minute kommen, beginnen in wenigen Wochen die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei.

Die Befürworter eines Beitrittes der Türkei zur Europäischen Union konnten sich beim Kopenhagener Gipfeltreffen im Dezember 2002 nicht durchsetzen. Ihr Vorhaben eines raschen Beitrittes scheiterte, weil vor allem wirtschaftliche, politische, integrationsspezifische, kulturelle, geografische und verfassungspolitische Bedenken gegen eine Vollmitgliedschaft des kleinasiatischen Landes angeführt wurden. Sollte die Türkei jedoch in absehbarer Zeit die Kopenhagener Kriterien, die der Europäische Rat 1993 definiert hatte, erfüllen, müssten die Karten neu gemischt werden.

Dessen ungeachtet hofften die Protagonisten eines EU-Beitrittes der Türkei auf die neue Bedrohungssituation nach dem 11. September 2001, das heißt, sie führen vor allem sicherheitspolitische Argumente an, um ihr Ziel durchzusetzen. Dies kann man ausführlich in Außenminister

Joschka Fischers jüngstem Opus *Die Rückkehr der Geschichte* (Verlag Kiepenheuer & Witsch, 2005) nachlesen. Eine solche Argumentation wurde schon zur Hochzeit des Kalten Krieges angeführt, als es galt, die kommunistische Bedrohung einzudämmen und die Süd-Flanke Europas zu sichern, indem die Türkei NATO-Mitglied wurde. Heute glauben die Befürworter einer EU-Vollmitgliedschaft, dass Ankara der Ausbreitung des islamischen Fundamentalismus und dem „Heiligen Krieg“, den einzelne Gruppierungen dem Westen erklärt haben, entgegenwirken könnte.

Damit stellen sie das Gespenst des „internationalen Terrorismus“ auf die gleiche Stufe mit dem Kalten Krieg während des globalen Ost-West-Konfliktes. Und ausgerechnet das potenzielle EU-Mitglied Türkei soll dieses Mal Europa retten. Dass diesem Ansinnen bereits durch die NATO-Mitgliedschaft der Türkei Genüge getan ist, wird möglichst nicht erwähnt. Das gilt auch für die Tatsache, dass Ankara nicht bereit ist, auf nationale Souveränitätsrechte zu verzichten.

Unabhängig davon soll im Folgenden die Stichhaltigkeit der sicherheitspolitischen Argumentation, wie sie insbesondere von Außenminister Fischer vertreten wird, einer kritischen Analyse unterzogen werden.

Die Türkei verliert in der NATO an Bedeutung

Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes hat die Türkei als NATO-Vorposten gegenüber dem sowjetischen Imperium an

Bedeutung verloren. Hinzu kommt, dass kein Land der Region ernsthaft in Erwägung zieht, die NATO anzugreifen. Nicht zuletzt fehlen ihnen die Mittel dazu. Gleichwohl blieb die Türkei nach dem Zerfall der UdSSR ein wichtiger Partner der USA in der Region. Denn das Land ist eine zentrale Basis für die US-Truppen bei ihren Einsätzen im Nahen und Mittleren Osten.

Dass Ankara seine finanziellen Interessen dabei auch mit erpresserischen Mitteln gegenüber seinem Hauptverbündeten durchsetzt, steht auf einem anderen Blatt. Vor und während des Irak-Krieges 2003 wurde dies erneut deutlich. Insbesondere in der aktuellen Irak-Krise versucht die Türkei, ihre nationalen Interessen zu verfolgen. So wurde ein Einmarsch der Amerikaner in den Irak nicht infrage gestellt, sofern die USA bereit wären, das Vorrücken der türkischen Armee in den Nord-Irak zu akzeptieren, das heißt in die von Kurden bewohnten Gebiete. Dass die Militärpräsenz der Türkei zu einem türkisch-kurdischen Krieg führen könnte und Washingtons Pläne für eine friedliche Zukunft des Irak nach Saddam Hussein zerstören würde, interessierte Ankara nicht weiter. Denn die türkische Besetzung der Erdöl-Förderzentren des Irak würde die „sicherheitspolitische Rolle“ der Türkei stärken und zugleich dem türkischen Nationalismus entgegenkommen. Ein zusätzlicher Konflikt wäre vorprogrammiert. Letztlich destabilisierte diese Art der Politik den Nord-Irak weiter. Denn die türkischen Ambitionen, die auf eine Rolle als regionale „Supermacht“ zielen, stehen einer friedlichen Konfliktbeilegung im Nahen und Mittleren Osten entgegen.

Dass die Türkei ihre politischen Ziele auch mit aggressiven Mitteln durchzusetzen bereit ist, äußerte sich nicht zuletzt in den öffentlichen Kriegsdrohungen des Präsidenten und einzelner Regierungsmitglieder. Diese Machtdemonstrationen haben zum Beispiel 1992 dazu geführt,

dass sich Moskau verpflichtet fühlte, seinen Bündnispartner Armenien militärisch zu schützen. Damals drohte das russische Verteidigungsministerium, sollte Ankara Armenien angreifen, werde Russland auch Atomwaffen einsetzen. Diese Drohung schien notwendig zu sein, da selbst der Einfluss des US-Präsidenten und des Pentagon nicht auszureichen schien, um der Aggressivität der Türkei gegenüber dem Nachbarland Armenien Einhalt zu gebieten.

Forderungen nach einer Sonderrolle

Überdies haben sich die sicherheitspolitischen Interessen der Türkei in den letzten fünfzehn Jahren dramatisch verändert: ein Umstand, den vor allem die USA und die NATO zu spüren bekommen. Denn ihren Bedeutungsverlust nach dem Zerfall der Sowjetunion versuchte die türkische Führung dadurch zu kompensieren, dass sie eine „Sonderrolle“ in der Allianz einforderte. Dabei betonte Ankara, dass sich die Türkei für die Allianz über ein halbes Jahrhundert „aufgeopfert“ habe. Mit der Förderung eines EU-Beitrittes könne diese vermeintliche Schuld jedoch beglichen werden. Dass die Türkei von ihrer NATO-Mitgliedschaft selbst enorm profitiert hat, wird gerne vergessen.

Gerade bei Gipfeltreffen scheuen sich die Verantwortlichen der Türkei nicht, ihre Forderungen in aggressiven Erklärungen vorzutragen. Dabei wissen sie die USA an ihrer Seite. Schließlich hofft Washington so, die finanziellen und wirtschaftlichen Verpflichtungen gegenüber dem kleinasiatischen Land den Europäern überantworten zu können. Unverhohlen übt die US-Administration deshalb Druck auf ihre europäischen Partner aus, der Türkei weit entgegenzukommen. Als Dank könnten die Europäer bald ein neues Mitglied in ihrem illustren Kreis begrüßen, das die europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik zuerst für die Durchsetzung seiner eigenen nationa-

len Interessen benutzen und dann die Interessen der USA vertreten würde, sofern dafür eine Entlohnung aus Washington winkt. An letzter Stelle stünden die Interessen der EU. Unterdessen dürfte das Gewicht der Türkei im Nahen und Mittleren Osten weiter zunehmen, nicht zuletzt deshalb, weil das Entwicklungsland bei einer EU-Vollmitgliedschaft die Wirtschaftskraft Europas im Rücken hätte. Dass Europa dabei die enormen Lasten des türkischen Verteidigungsetats und des türkischen Grenzschutzes nach Iran, Irak, Syrien und dem Kaukasus schultern müsste, ist sowohl Washington als auch Ankara klar.

Islamisten und Nationalisten werden immer stärker

Die derzeitige innenpolitische Entwicklung der Türkei wird von Sachkennern mit Sorge beobachtet: Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit steht dabei der wachsende Einfluss islamischer und nationalistischer Kreise auf die Innen- und Außenpolitik des Landes. Dabei trägt der von der Regierung geschürte Nationalismus einen Hauch von Rassismus und Antisemitismus in sich: Dass Hitlers *Mein Kampf* in der Türkei erscheinen darf und in wenigen Wochen zum Bestseller avancierte, ist nicht nur eine Randnotiz wert. In diesem Zusammenhang soll auch nicht verschwiegen werden, dass der türkische Ministerpräsident die Politik Israels gegenüber den Palästinensern als „Genozid“ bezeichnete, also als organisierten und gezielten Massenmord.

Obwohl empirische Studien mehrheitlich die Erfolge der religiös geprägten politischen Parteien herunterspielen und als „zufällige, vorübergehende Ereignisse“ darstellen, entwickelt sich die Türkei langsam aber sicher zu einem Staat, in dem die Einführung der Scharia auf friedlichem Wege nicht mehr ausgeschlossen werden kann. Ein Beleg für diese These ist, dass im letzten Jahrzehnt zweimal islamische Par-

teien die Wahlen haushoch gewonnen haben. In diesem Zusammenhang weisen die Türkei-Experten in ihren Berichten darauf hin, dass nur ein EU-Beitritt einen Durchmarsch der Islamisten verhindern könnte. Deshalb müsse die Türkei möglichst schnell in die Union aufgenommen werden, auch wenn Ankara seine „Hausaufgaben“ noch nicht gemacht, also die Kopenhagener Kriterien noch nicht erfüllt habe.

Um politisch zu überleben, tendieren die laizistischen Gegner der Islamisten inzwischen zu einem extremen türkischen Nationalismus mit rassistischen Zügen. Nur so glauben sie, sich als Gegengewicht zu den islamischen Parteien überhaupt noch Gehör verschaffen zu können. Dies führt dazu, dass die Verfolgung von Minderheiten in der heutigen Türkei etwas Alltägliches ist: Zu den Opfern gehören vor allem Kurden, aber auch die christlichen Gemeinden. Selbst die kleinste Kritik an der Verfassungsrealität in der Türkei wird geahndet. Dazu gehört nicht nur das wahllose Einprügeln auf wehrlose Demonstrantinnen, die sich am 8. März 2005 auf die Straßen Istanbuls wagten, sondern auch der Aufruf, die Bücher des Schriftstellers Orhan Pamuk zu verbrennen. Dem renommierten Autor wird nicht weniger als Verrat an der türkischen Nation vorgeworfen.

Ausgerechnet ein nicht-demokratisches Gremium, der Nationale Sicherheitsrat, mit einer Stimmenmehrheit des Militärs ist der letzte Garant dafür, dass die Türkei auf dem „kemalistischen“ (laizistischen) Kurs bleibt. Denn nur dieses demokratisch nicht legitimierte Organ hat den türkischen Staat mit der Entmachtung von Ministerpräsident Erbakan vor der Islamisierung bewahrt. Sollte der Verfassungsartikel, der die Interventionsrechte des Sicherheitsrates garantiert, auf Drängen der EU im Rahmen von Beitrittsverhandlungen abgeschafft werden, würde der letzte Schutzwall des Lai-

zismus fallen. Die Taktik der Islamisten, über demokratische Wahlen an die Macht zu gelangen, wäre aufgegangen.

Diese Entwicklung bleibt nicht ohne Folgen für die türkische Militärelite: Die Wirtschaftskrise und die abnehmende Bedeutung der Türkei in der NATO führen zu der allmählich wachsenden Einsicht, dass ein Interessenausgleich mit den Islamisten auf der Grundlage des Nationalismus zumindest vorbereitet werden sollte. Unmittelbare Auswirkungen hat diese unheilige Allianz auf die türkische Außen- und Sicherheitspolitik. Dazu passt, dass die gegenwärtige nationalistische Welle, die die Türkei erfasst hat, von der Regierung selbst initiiert wurde: Scheinbar zufällig richtet sich der Volkszorn immer gegen das jeweils gerade aktuelle Feindbild.

Die Außenpolitik der Türkei wird die EU destabilisieren

Mit dem EU-Beitritt der Türkei erhielte die Gemeinschaft ein neues Mitglied, das dem Primat des Nationalstaates in der Außen- und Sicherheitspolitik eine viel höhere Bedeutung beimisst, als dies bei den derzeitigen Mitgliedstaaten vorstellbar ist. Bereits bei früheren Konflikten in Ex-Jugoslawien konnte eine gemeinsame Haltung der Europäer nur notdürftig und unter großen Anstrengungen herbeigeführt werden. Zuletzt zeigte der Irak-Krieg das Scheitern der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Bei der Bewältigung künftiger Krisen dürfte die EU – sollte es zu einem Beitritt der Türkei kommen – vor einer noch unlösbareren Aufgabe stehen, insbesondere wenn es sich um einen Konflikt in einer Region handeln sollte, in der die Türkei eigene Interessen verfolgt. Das infrage kommende Gebiet erstreckt sich derzeit von Griechenland bis nach China. In diesen Konfliktfällen würde die EU, wollte sie gemeinsame Resolutionen verabschieden, für die türkische „Genehmigung“ sehr

teuer bezahlen müssen. Dies hat Tradition: Denn selbst während des Kalten Krieges hat die Türkei immer wieder Sonderbeziehungen zur Sowjetunion unterhalten und damit gegen die Politik der NATO verstoßen.

Ein weiteres Argument für die EU-Vollmitgliedschaft des kleinasiatischen Landes lautet, die Türkei könne eine Vermittlerrolle zwischen Europa auf der einen sowie dem Mittleren und Nahen Osten oder dem Kaukasus und Zentralasien auf der anderen Seite übernehmen. Eine Hoffnung, die weit neben der Realität liegt. Zwar lässt die Türkei seit dem Zerfall der Sowjetunion nichts unversucht, um in den fünf zentralasiatischen Republiken (Tadschikistan, Usbekistan, Kirgisien, Kasachstan, Turkmenistan) ihren politischen Einfluss zu vergrößern. Fest steht jedoch: Alle diese Versuche sind gescheitert, da die Regierungen der Region Wert darauf legen, ohne Vermittler selbst mit Europa oder den USA auf bilateraler Ebene ihre politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu vertiefen. Dass Ankara weder über die finanzielle noch über die wirtschaftliche Kraft verfügt, um überhaupt ernsthaft als Vermittler infrage zu kommen, hat zum Scheitern der türkischen Außenpolitik maßgeblich beigetragen.

Hinzu kommt, dass die Türkei keine gemeinsame Außengrenze mit Zentralasien hat, so dass den Anstrengungen Ankaras quasi natürliche Grenzen gesetzt sind. Aus diesem Grund modifizierte die türkische Politik ihre Ziele in Zentralasien und setzte auf die Gründung einer „türkischen NATO“: Neben der Türkei sollten ihr die übrigen vier türkischsprachigen Staaten Zentralasiens (Usbekistan, Kirgisien, Kasachstan, Turkmenistan) angehören. Aber auch dieser Versuch, in der Region eine sicherheitspolitische Union unter Ankaras Führung zu gründen, scheiterte, da die betreffenden Staaten kein Instrument der pantürkischen Großmachtspolitik sein

wollten. Deshalb war ihr „Nein zur türkischen NATO“ auch besonders unmissverständlich.

Demgegenüber instrumentalisierten die USA die Interessen der Türkei in Zentralasien und im Kaukasus für eigene Zwecke: Washington hofft so, den Iran zu isolieren und sich Rechte an den Ölvorkommen des Kaspischen Raums zu sichern. Nach dem Scheitern der türkischen Ambitionen im Osten wendete sich Ankara wieder stärker Europa zu. Dies war rein wirtschaftlich und finanziell begründet, denn an einer politischen Transformation des Landes sind insbesondere die einflussreichen regierenden islamischen Parteien nicht interessiert. Das gilt auch für die Militärs, die ihren Einfluss zu verlieren drohen. Dies zeigt nicht zuletzt das Beispiel Zypern: Die Türkei lehnt es kategorisch ab, die Republik Zypern, Mitglied der Europäischen Union, diplomatisch anzuerkennen. Stattdessen will Ankara die Anerkennung des von türkischen Truppen besetzten Nord-Zypern durchsetzen.

Kein gemeinsamer Kurs

Wenn Brüssel die Türkei nicht davon überzeugen kann, einen Mitgliedstaat der EU offiziell anzuerkennen, wie will man Ankara bei Fragen, die die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik berühren, von einem gemeinsamen Kurs überzeugen? Was ist zum Beispiel mit einem anderen Nachbarn der Türkei, der Republik

Armenien? Mit diesem Land unterhält die Türkei seit September 1991, also seit der Unabhängigkeit der ehemaligen Sowjetrepublik, keine bilateralen Beziehungen. Mehr noch: Seit März 1993, also seit zwölf Jahren, hat Ankara die türkisch-armenische Grenze geschlossen. Eine der Bedingungen für die Öffnung der Grenze ist laut Ankara, dass Jerewan auf die Thematisierung des Völkermordes an den Armeniern im Osmanischen Reich und in der Türkei (1915 bis 1923) verzichtet.

Die von der türkischen Regierung verbotene Vergangenheitsbewältigung ist ein Teil des Nationalismus und ein starkes Indiz dafür, dass die türkische politische Elite noch nicht bereit ist für eine grundlegende Demokratisierung ihrer Gesellschaft. Es scheint, dass sich die politische Klasse sehr sicher ist, dass die Türkei auch ohne Zugeständnisse im „Wertebereich“ EU-Mitglied wird.

Des Weiteren bleibt festzuhalten, dass ein EU-Beitritt der Türkei aus sicherheitspolitischen Gründen nicht gerechtfertigt ist. Die türkische Außen- und Sicherheitspolitik wird nach wie vor ihren eigenen nationalen Interessen folgen mit unabsehbaren Konsequenzen für die Europäische Union. Brüsseler Vorgaben dürfte sich Ankara auf Dauer kaum fügen. Die Hoffnung auf eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäer wäre mit einem Mitglied Türkei endgültig zu Ende.

Schwer kalkulierbares Risiko

„Die Türkei ist kein notwendiger, konstruktiver Teil der europäischen Identität. Sie hat als Erbe eines großen Reiches und einer großen Geschichte eine eigene, türkische Identität, die – wie jene Europas – seit hundert Jahren stark im Wandel ist. Ob diese Identität mit der europäischen kompatibel ist, ist mindestens fraglich, jedenfalls ein schwer kalkulierbares Risiko. Die inneren Spannungen in der Türkei sind durch Atatürks Reformen nicht beseitigt, sondern verschärft worden. Wir haben hier einerseits eine säkulare Rechtsordnung in einem laizistischen Staat und andererseits eine zutiefst islamische Gesellschaft.“

Stephan Baier am 6. August 2005 in *Die Tagespost*.